

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 12

Vereinsnachrichten: Die Herbstversammlung der religiös-sozialen Vereinigung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Christen einen Pfad zu zeigen, wie sie zu einer mutigen realistischen und notwendigen Einstellung gelangen könnten. Indem er den Pilgern, die sich im Vatikan in ihrer Eigenschaft als Militärs und Feldprediger versammelt hatten, seinen Segen gab, verpaßte Paul VI. eine einmalige Gelegenheit, durch ein mutiges Auftreten der irdischen Macht gegenüber, seine Treue zu Gottes Wort vorzuleben.» IFOR

Die Herbstversammlung der religiös-sozialen Vereinigung

Im Zentrum stand ein Referat von Rudolf Epple über «Warum gewaltfreie Aktionen? Gründe und Hintergründe von Bürgerinitiativen».

Zuerst zeichnete der Vortragende in knappen Zügen die Geschichte der Aktionen in der Schweiz, Kaiseraugst zum Beispiel, die den Mangel an Kontakt zwischen Bevölkerung und Behörden, sogar das Mißtrauen gegenüber den «Regierenden» bloßlegen. Alsdann untersuchte Herr Epple die **Ursachen der Bürgeraktionen**, wie sie bei uns zutreffender genannt werden sollten, und der **gewaltfreien Aktionen**.

Bürgeraktionen sind spontane Zusammenschlüsse von Bürgern, die auf offensichtliche Mißstände und auf das unzulängliche Vorgehen der Behörden reagieren wollen. Sie bedienen sich der konventionellen Mittel, sind aber an der Verbreitung von Informationen interessiert und benützen zu diesem Zwecke auch Ausstellungen, Straßentheater und Demonstrationen. Gewalt ist bei solchen Aktionen nicht ausgeschlossen; sie wollen offensichtliche Konflikte lösen, nicht aber die Gesellschaft grundlegend ändern. Gewaltfreie Aktionen hingegen zielen auf eine Änderung der Gesellschaftsstruktur hin und können oft nicht an der Grenze der sog. Legalität stehen bleiben (Steuerstreiks, Besetzungen), sind aber grundsätzlich gewaltfrei und versuchen, Alternativen aufzuzeigen. Weil einerseits die demokratischen Kontrollorgane oft nicht mehr wirksam funktionieren (z. B. fallen wichtige Entscheide im vorparlamentarischen Vernehmlassungsverfahren) und andererseits unsere Gesellschaft und ihre Probleme in allen Bereichen zunehmend komplexer werden, kommt es zu Initiativen an der Basis. Die Bevölkerung ist zum Beispiel durch eigenes Erleben (schlechte Luft, Badeverbote usf.) und durch Information («Grenzen des Wachstums») auf die weltumspannende Problematik von Umweltschutz, Energieverbrauch und Rohstoffverknappung aufmerksam geworden und sieht, daß staatliche Maßnahmen nicht mehr wirksam sind, daß die hierarchischen Entscheidungsstrukturen den Gegebenheiten nicht angepaßt sind und daß

die Politik nur zu oft dem Druck der Privatwirtschaft nachgeben muß. Sie ist darum enttäuscht und äußert das unter anderem im Loyalitätsentzug (z. B. schlechte Stimmbeteiligung).

Gewaltfreie Aktionen sollen den Demokratisierungsprozeß in Richtung Sozialismus in Bewegung setzen. Der Referent zeigte anhand zweier angenommener Fälle (Einführung der Mitbestimmung in einem Betrieb, Mieterstreik), wie durch solche Aktionen das Gefühl der Ohnmacht beim Volk überwunden und ein solidarisches Verhalten durch Erfolgserlebnisse eingeübt werden kann. Entscheidend ist, daß alle Angesprochenen diese Aktionen als Mitleidende, als Mitarbeiter, nicht als bloße Zuschauer und Besserwisser, unterstützen. Das **Ziel** soll sein, den demokratischen Sozialismus zu verwirklichen. In der **Strategie** gilt es zuerst einmal die Grenzen zu sehen, nämlich einerseits den oft fehlenden Willen und die Fähigkeit des einzelnen Menschen zur Demokratie und andererseits die strukturellen Hindernisse, da in vielen Bereichen unserer Gesellschaft die demokratischen Formen noch fehlen. Wir kommen nur **in kleinen, abgestuften Schritten** in möglichst vielen Bereichen unserer Gesellschaft (Familie, Schule, Bildung, Kirche, Militär, Politik, Wirtschaft, Verwaltung usw.) vorwärts. Die Strukturveränderungen sollen auf eine breite Grundlage abgestützt sein; einmal soll durch politische Bewußtseinsbildung die Apathie und das Ohnmachtsgefühl der Bürger überwunden werden. Dann sollen zweitens die vorhandenen demokratischen Organisationen mit ihren Möglichkeiten voll genutzt werden. Durch direkte demokratische, gewaltfreie Aktionen muß drittens das politische Bewußtsein weiter vertieft und viertens in allen Bereichen die Demokratie ausgebaut werden. Fünftens sollte auch unser Wirtschaftssystem durch Mitbestimmung und Kontrolle von unten demokratisiert werden. Möglichst viele Bereiche, Motive und Bewußtseinsstände sind mit einzubeziehen.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem auch auf die Wichtigkeit der Bildung und Erziehung aufmerksam gemacht. Letztlich muß der Sozialismus religiös begründet sein und aus einer tiefen, geistigen Revolution stammen, damit er die gewaltigen zerstörerischen, lebensfeindlichen Mächte überwinden kann.

Das Referat erscheint demnächst im Wortlaut in der Schriftenreihe der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst». Konrad Sturzenegger

Die Vereinigten Staaten sollten in der Welt ein friedlicher Nachbar sein, statt eines aufdringlichen Miesmachers. Übertriebene Rüstungsausgaben, die von diesem Sich-Einmischen in fremde Angelegenheiten herrühren, treiben uns in den finanziellen Bankrott oder einen Nuklearkrieg — was immer zuerst kommen mag.
Samuel H. Day, Redaktor des «BAS», Okt. 1975
